

Initiative D21

Deutschlands Zukunftsfähigkeit sichern

[21.02.2025] Die Initiative D21 fordert eine entschlossene Digitalpolitik von der kommenden Bundesregierung. Ein „Digital Only“-Leitbild für die Verwaltung, eine Kompetenzoffensive und systematische Cybersicherheitsbildung sollen digitale Teilhabe ermöglichen und eine digitale Spaltung verhindern.

Die [Initiative D21](#), nach eigenen Angaben Deutschlands größtes Netzwerk für die digitale Gesellschaft, hat ihre digitalpolitischen Forderungen für die kommende Bundesregierung vorgestellt. Mit einem inklusiven „Digital only“-Leitbild für die Verwaltung, einer digitalen Kompetenzoffensive und einer zentralen Koordinierungsstelle für Cybersicherheitskompetenzen in der Bevölkerung solle Deutschland digital zukunftsfähig gemacht werden, so der Verband. Die Forderungen richten sich an alle politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger. „Die digitale Transformation ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir brauchen eine mutige, entschlossene Digitalpolitik, die alle Menschen mitnimmt – unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status – und auch diejenigen aktiviert, die bisher bei der Digitalisierung gewollt oder ungewollt abseits stehen“, betont der D21-Präsident Marc Reinhardt. Um die digitale Spaltung in Deutschland nachweisbar zu verkleinern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, müsse Politik entschlossener handeln.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

D21 versteht die digitale Transformation nicht als eine rein technologische Herausforderung, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese müsse durch entschlossene digitalpolitische Maßnahmen aktiv gestaltet werden. Der Verband stellt drei zentrale Forderungen. Deren erste ist eine konsequent digitale Verwaltung – aber für alle. An die Stelle aufwendiger analoger Parallelstrukturen müsse ein „Digital Only“-Leitbild treten. Verwaltungsprozesse müssten durchgängig digital und für alle Bevölkerungsgruppen intuitiv nutzbar sein. Unterstützungsangebote sollen digitalfernen Personen den Zugang zu digitalen Angeboten erleichtern und so Ausgrenzung verhindern. Dieser Aufwand werde durch verwaltungsseitige Einsparungen kompensiert, so D21, und sei eine Investition in digitale Weiterqualifizierung und den Abbau der digitalen Spaltung.

Digitale Kompetenzen – auch für Cybersicherheit

Digitale Fähigkeiten sind Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhunderts. D21 fordert daher eine umfassende [Digitale Kompetenzoffensive nach österreichischem Vorbild](#), um das europäische Ziel der [Digitalen Dekade](#) zu erreichen. Demnach sollen bis 2030 mindestens 80 Prozent der Bevölkerung über grundlegende digitale Kenntnisse verfügen und der Anteil der IKT-Fachkräfte deutlich steigen. Die Verantwortung dafür liege bei allen föderalen Ebenen und werde durch die enge Zusammenarbeit dieser getragen, so D21.

Angesichts wachsender Cyberbedrohungen fordert die Initiative außerdem – als Ergänzung zum BSI – eine zentrale Koordinierungsstelle für Cybersicherheitskompetenzen. Diese solle bestehende Initiativen bündeln, nationale Standards für die Cybersicherheitsbildung entwickeln und Aufklärungsprogramme umsetzen. Werden Bürgerinnen und Bürger befähigt, sich aktiv vor digitalen Gefahren zu schützen, nutze

dies der gesamten Gesellschaft. Cybersicherheitskompetenz müsse fester Bestandteil der digitalen Bildung werden – von der Schule bis zur beruflichen Weiterbildung.

(sib)

- Digitalpolitische Forderungen von D21 in ganzer Länge

Stichwörter: Politik, Cybersicherheit, Initiative D21, Teilhabe